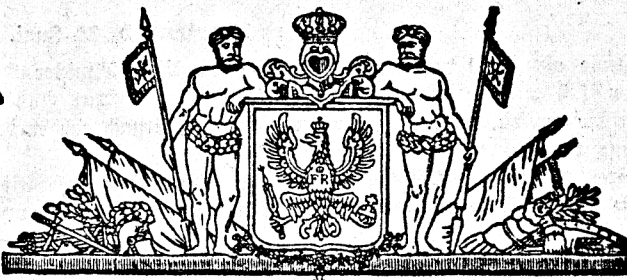


Wossische



Zeitung

Begründet

1784

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handl.-st.): Jul. Elbau, Berlin, Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11857 Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin Postscheckkonto Berlin 664

Oberschlesien und die Reparation.

Notwendige Zusammenhänge.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“
wf Paris, 24. Juni.

„Petit Parisien“ meldet, daß die beiden französischen Sachverständigen, Cheysson und Lefevre, die Jochen von Berlin nach Paris zurückgekehrt sind, eine doppelte Mission zu erfüllen hatten. Einmal hatten sie die Regelung gewisser Fragen zweiten Ranges zu fördern, vor allem die der Rückgabe verschiedener Materialien, die seinerzeit von den Deutschen weggeführt worden sind, sowie der Rückgabe von Vieh. Die seit Monaten währenden Verhandlungen sollten eventuell durch Festsetzung einer deutschen Pauschalabgabe beendet werden. Zweitens waren die Sachverständigen beauftragt, die deutsche Regierung zu ersuchen, Vertreter nach Paris zu entsenden, um die Art der Zahlungen und die Höhe der Preise für die Lieferungen zu regeln. Außerdem sollten sie das Problem der Verwendung deutscher Arbeitskräfte in Frankreich erörtern.

Staatssekretär Bergmann und Reichskommissar Eugenhelmer werden am nächsten Montag in Paris eintreffen, um die Verhandlungen weiterzuführen. Die erste Besprechung der deutschen Vertreter mit Loucheur wird am Dienstag stattfinden.

Im „Echo de Paris“ erklärt Marcel Hutin zu diesen Konferenzen, die Angebote Deutschlands würden von der Lösung der obereschlesischen Frage abhängen. Rathenau sei nicht in der Lage, irgendwelchen Verpflichtungen nachzukommen, wenn diese Lösung für Deutschland ungünstig ausfalle. Bis zum 15. Juli, dem Tage der Entscheidung über Oberschlesien, werde man nichts Bestimmtes über die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen sagen können. Erhalte, wie er glaube, Polen den größten Teil des obereschlesischen Industriegebietes, so könne man den halben oder ganzen Reparationsverpflichtungen Deutschlands Lebenswohl sagen. Diese seine persönliche Ansicht werde, wie er wisse, auch von hochgestellten amtlichen Persönlichkeiten geteilt.

Der „Matin“ versucht seinen Lesern die planwirtschaftlichen Ideen Rathenaus verständlich zu machen. Rathenaus Programm sei die diktatorische Kontrolle der Erzeugung und des Bedarfes durch ein industrielles Parlament, dessen Keim der Reichswirtschaftsrat sei. Rathenau, den Hugo Stinnes einen gefährlichen Utopisten genannt hat, wolle sozialer Reformator sein. Er sei überzeugt, daß das deutsche Volk zur Wiedergutmachung verpflichtet ist, und habe sich mit einem Generalstabe von Technikern umgeben, die unter seiner Leitung Projekte aufstellen und praktische Lösungen ausarbeiten werden.

Parlamentarische Freifahrt.

Im Hauptauschuß des Reichstages ist beanstandet worden, daß die Mitglieder des Reichswirtschaftsrates gleich den Reichstagsabgeordneten freie Eisenbahnfahrt innerhalb der deutschen Reichsgrenzen besitzen. Der Hauptauschuß hat die Regierung beauftragt, mit dem Vorstand des Reichswirtschaftsrates darüber zu verhandeln, daß die Freifahrt der Mitglieder auf die Fahrt zwischen dem Wohnort und Berlin während der Zeit der Tagung beschränkt werde.

Der Reichstag hat auf diese Weise für seine Mitglieder die Freifahrt für nötig, für die Mitglieder des Reichswirtschaftsrates für unnötig erklärt. Die Abgeordneten Hoch und Pachtel halten ihre Fahrten für im Reichsinteresse gelegen (denn sonst könnten sie sich ja nicht aus der Reichstasche bezahlen lassen). Dagegen hat das Reich gar kein Interesse daran, daß die Vorsitzenden der großen Gewerkschaftsorganisationen, der Reichsverbände der Industriellen und der Handwerker, die im Reichswirtschaftsrat ihren sachverständigen Rat geben müssen, frei fahren. Wenn der Reichstagsabgeordnete Hugo Stinnes auf seine Reichstagsfreifahrt von Berlin nach Salzburg fährt, weil er dort gerade Tochtergefellen zu gründen hat, so ist das in Ordnung. Wenn aber das Mitglied des Reichswirtschaftsrates Hugo Stinnes dasselbe tut, so ist das unter Umständen ein Grund, allen Mitgliedern des Reichswirtschaftsrates die Freifahrtkarte zu entziehen. Hugo Stinnes fährt deshalb auch stets auf Kosten des Reichstages zu allen Kartellverhandlungen, ebenso wie die Erholungsreisen der Abgeordneten Hoch und Pachtel dem Reichstagsetat zur Last fallen.

Was die Abgeordneten Hoch und Pachtel jetzt als Regelung für die Fahrtkosten des Reichswirtschaftsrates verlangen, ist früher auch einmal rechtens für die Reichstagsmitglieder gewesen: sie erhielten nur während der Tagung und nur vom Wohnort nach Berlin und zurück Freifahrt. Damals hatten die meisten Abgeordneten außerordentlich viel Wohnsitz in Deutschland. Die Tagungen wurden auch nie geschlossen (genau so wie ja jetzt der Reichstag dauernd Wägen hindert zu Lasten des deutschen Volkes). Man erweiterte daher schließlich die Freifahrt für das ganze Reich, weil die Mehrkosten nicht erheblich und weil die Reichstagsabgeordneten ganz mit Recht der Ansicht waren, sie müßten dauernd mit ihren Wählern in Verbindung treten und sich außerdem im Deutschen Reich umsehen können. Dieselben Gründe treffen für die Mitglieder des Reichswirtschaftsrates zu, die notwendigerweise ihren Organisationen zu berichten und sich über die wirtschaftlichen Zustände Deutschlands auf dem Laufenden zu halten haben.

Noch vielleicht haben die Abgeordneten Hoch und Pachtel recht. Vielleicht steht wirklich die Ausgabe für die Freifahrtkarten der Abgeordneten in keinem Verhältnis zu dem Nutzen, den sie stiftet, und zu dem Vorteil, den sie für das Reich bringt. Dann aber treffen die Argumente der Abgeordneten Hoch und Pachtel selbstverständlich auch für die Reichstagsabgeordneten genau wie für die Mitglieder des Reichswirtschaftsrates zu. Gerade der Reichswirtschaftsrat kann an den Argumenten der Abgeordneten Hoch und Pachtel nicht vorübergehen. Er hat in der augenblicklich schweren Zeit des Reiches von sich aus jede mögliche Ersparnis zu beantragen und jede Ausgabe zu beanstanden, die nicht produktiven Zwecken dient. Er muß deshalb verlangen, daß die Regierung schleunigst untersucht, ob die Freifahrtkarten der Reichstagsabgeordneten in bisherigem Umfang

noch aufrecht zu erhalten sind, insbesondere ob und welcher Mißbrauch zum Schaden des Eisenbahnfiskus bisher damit betrieben ist. Ohne nähere Prüfung läßt sich wahrscheinlich schon jetzt feststellen, daß die deutschen einzelstaatlichen Parlamente, deren Mitglieder ebenfalls für das ganze Gebiet ihrer Länder freie Fahrt erhalten, auch ohne diese Vergünstigung existieren können.

Der Reichswirtschaftsrat darf an der Beweisführung der Abgeordneten Hoch und Pachtel nicht vorübergehen. Er muß jede Gelegenheit wahrnehmen, sich zum Wohle der deutschen Finanzen zu betätigen. Er darf die Sorge darum nicht allein dem Reichstag überlassen. Er darf sich nicht damit begnügen, daß an ihm gespart wird. Der Reichstag muß daran gewöhnt werden, auch an sich zu sparen. Hoch Pachtel hoch!
Bhd.

Botschafter Hill in Berlin.

Ueber den Besuch des Botschafters Hill, der, wie im heutigen Morgenblatt mitgeteilt wurde, in Berlin eingetroffen ist, hören wir, daß Dr. Hill den Botschafterposten in Japan, der ihm angeboten war, abgelehnt hat. Er befindet sich seit mehreren Monaten auf einer Europareise und hat vor seiner Ankunft in Berlin den amerikanischen General Allan in Koblenz besucht. Er bleibt mit seiner Gattin nur wenige Tage in Berlin und fährt dann nach der Schweiz. Sein Besuch in der deutschen Reichshauptstadt hat, wie er erklärt, keinerlei politische Bedeutung. Auf die Frage, ob die Gerüchte über seine bevorstehende Ernennung zum Botschafter zu Berlin zutreffend, gab er wörtlich folgende Antwort: „Obgleich die amerikanischen Blätter meinen Namen in diesem Zusammenhang bei verschiedenen Anlässen genannt haben, so erkläre ich hiermit, daß ich von Seiten des Präsidenten Harding nicht ein einziges Wort zu dieser Angelegenheit übermittelt erhielt. Und es scheint mir“, so fuhr er fort, „die richtige Politik zu sein, dem Präsidenten selbst die Entscheidung in solchen Dingen zu überlassen und sich nicht in vagen Vermutungen zu ergehen.“

Amerikanische Schiffe verschwunden.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

* Paris, 24. Juni.

Seit einiger Zeit ist man auf das rätselhafte Verschwinden verschiedener Dampfer, und zwar nicht nur Küstenschoner, sondern auch Hochseebdampfer, im Norden des Atlantischen Ozeans aufmerksam geworden. Vor einigen Tagen sind noch drei neue Dampfer aus den Häfen des Atlantischen Ozeans spurlos verschwunden, wodurch nach dem „Daily Mail“-Korrespondenten die Gesamtzahl der verschwundenen Schiffe etwa auf 20 steigt.

Jetzt berichtet die New-Yorker Polizei, daß schon vor 18 Monaten Dokumente im Hauptquartier der russischen Arbeitergewerkschaften in den Vereinigten Staaten und Kanada mit Beschlag belegt wurden, aus denen hervorging, daß ein Plan bestand, um auf offener Meere amerikanische Schiffe zu kapern und sie nach Rußland zu schaffen. Aus diesen Dokumenten geht ferner hervor, daß die Agenten der Sowjetregierung eine größere Anzahl von Mannschaften in die amerikanische Handelsmarine eintreten ließen, um sich dadurch der Schiffe bemächtigen zu können. Als die Schriften vor 18 Monaten beschlagnahmt wurden, erfolgten mehrere Verhaftungen.

Adalia.

Von

Mario Passarge,

Berichterstatter der „Wossischen Zeitung“.

* Rom, im Juni.

An der kleinasiatischen Küste hat sich vor einigen Tagen ein englisch-italienischer Zwischenfall ereignet, in dessen Folge (wenn nicht insfolgedessen) Italien seine in und um Adalia stationierten Truppen geräuschlos abgezogen hat, so geräuschlos, daß man es in Rom erst aus London hören mußte. Es scheint, daß diese Veröffentlichung um vierundzwanzig Stunden zu früh erfolgte. Denn während die „Tribuna“ vom 11. Juni noch den Abzug der italienischen Truppen indirekt damit begründete, daß eine englische Flottendemonstration gegen Adalia nicht zu vermeiden sei, und daß es das Deforum daher verlange, die italienischen Truppen vorher zu entfernen, erklärte sie am 12., der Zwischenfall habe nichts mit dem Entschluß, aus Adalia fortzugehen, zu tun. Diesen Entschluß habe man vielmehr bereits vor längerer Zeit getroffen, als es klar war, daß man mit den zur Verfügung stehenden Truppen die Ordnung nicht aufrechterhalten und eine Verstärkung des Kontingents aus der Heimat nicht gewährleisten konnte. Die gereizte Stimmung der Türken in Adalia (es handelt sich natürlich um Anhänger der Angora-Regierung) gegen die Fremden (besonders Engländer und Franzosen) habe, namentlich seitdem sich England offen auf Seiten Griechenlands gestellt, Zwischenfälle unvermeidbar erscheinen lassen. Italien geriete auf diese Weise in die Gefahr, in die Reibereien mit hineinverwickelt zu werden. Dies läge aber keineswegs im Interesse der italienischen Politik. Ergo verließ man Adalia. Italienische Kriegsschiffe werden, so sagt man, dafür sorgen, daß die italienische Fahne im Hafen gehißt bleibe.

Diese offiziöse Auslegung des Zwischenfalls von Adalia streift natürlich nur die Oberfläche der Dinge, obwohl sie formell zweifelsohne richtig ist. In nationalistischen Kreisen behauptet man schlankweg, Italien habe sich durch England fortjagen lassen. Fortjagen ist wohl nicht der richtige Ausdruck. Fortjagen wäre richtiger. England nahm den Zwischenfall zum Vorwand, um von Italien eine klare Stellungnahme zu fordern; man sagt sogar, daß eine bestimmte Frist gesetzt worden war. Sporga ist wiederum ausgenutzt. Durch den Abzug aus Adalia lehnte Italien jede Verantwortung für alle weiteren Zwischenfälle ab, die im Bereiche des Möglichen, ja des Wahrscheinlichen liegen. Italien entsandte aber einen Konsul nach Angora, der von der dortigen Regierung eine Reparation erreichen soll. Durch ein Kriegsschiff im Hafen von Adalia wird Italien die Interessen der Italiener weiter schützen. Dazu wird ein Torpedoboot genügen. Wenn England dagegen zu gleichem Behufe eine Kreuzerflotte die Küste auf- und abschicken muß, so könnte die Consulta wenigstens dies als Erfolg der italienischen Diplomatie bezeichnen.

Das alles ändert jedoch natürlich nichts an der Tatsache, daß Italien einen Hafen an der kleinasiatischen Küste aus der Hand gegeben hat, sei es auch nur vorläufig, dessen Bedeutung für die wirtschaftliche Expansion Italiens im Orient vor allem als ganz außerordentlich geschätzt werden. Die Rechtfertigung der offiziellen Presse ist an und für sich einleuchtend: sobald Anatolien pazifiziert sein wird — schreibt sie — werden wir durch einen interalliierten Vertrag einerseits und durch ein Abkommen mit der Regierung Mustafa Kemals andererseits in die Lage versetzt werden, unsern wirtschaftlichen Einfluß in Mittel- und Südkleinasien ausüben können. Der interalliierte Vertrag ist nicht der Vertrag von Sevres, sondern das Abkommen zu Dritt, der sogenannte Accordo Tripartito, in dem die Verbündeten unter sich die Einflusssphären in Kleinasien aufgeteilt haben; das Abkommen mit den Verbündeten beruht auf den Besprechungen, die Sporga in London mit Bekir Sami-Bei hatte. In diesen Besprechungen, die, wie erinnerlich, den Mißmut Englands hervorriefen, nahm der türkische Vertreter davon Kenntnis, daß Italien keine territorialen Eroberungen in Kleinasien wünsche, stimmte den von Italien geforderten wirtschaftlichen Konzessionen zu und erklärte sich bereit, darauf hinzuwirken, daß die Angora-Regierung anerkannt würde. Nun ist aber weder der Vertrag von Sevres ratifiziert (und das Abkommen zu Dritt ist an diese Ratifikation gebunden), noch hat die Regierung von Angora die Abmachungen mit Sami-Bei angenommen. Italien glaubt allerdings begründete Hoffnung zu haben, daß die nationalistische Regierung den Italienern gefällig sein würde. Streng wörtlich genommen, hat aber die „Idea Nazionale“ recht, wenn sie schreibt, daß zwischen Italien und der Türkei zunächst nur der Zustand des Waffenstillstandes gelte. Das aber würde bedeuten, daß Italien nur so lange Anspruch auf ein Gebiet erheben darf, so lange es die militärische Besetzung durchhält. Wir werden also, sagten die Nationalisten, Adalia ebensowenig friedlich wieder bekommen, wie wir auf friedlichem Wege jemals Sebenico wieder erhalten werden.

Aber auch ohne diesen Skeptizismus ist es klar, daß sich die italienische Regierung zur Räumung Adalias nicht